

## Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag **10 liberale Wege, das Handwerk zu stärken**

Das Handwerk hat in der Geschichte immer wieder seine Innovationskraft bewiesen. Nicht nur bei der Erfindung neuer Verfahren und Techniken hat es dabei für Fortschritte gesorgt. Auch die Etablierung neuer Technologien war nur durch das Handwerk möglich. Denn erst, wenn Wartung, Versorgung und Reparatur flächendeckend gewährleistet sind, kommen diese der breiten Bevölkerung zugute. Ohne Kfz-Werkstätten keine Verbreitung von Autos. Ohne Elektriker kein Strom. Ohne Installateure keine modernen Heizsysteme. Heute steht die Gesellschaft wieder vor neuen Herausforderungen und neue Innovationen müssen sich durchsetzen. Hierfür ist das Handwerk unerlässlich. Wir alle spüren, wir brauchen mehr qualifizierte Handwerker und Handwerkerinnen als Motor der Wirtschaft.

Als ein Grundpfeiler der deutschen Wirtschaft gehen 7,7 Prozent der Bruttowertschöpfung auf das Handwerk zurück. Die wichtige Rolle des Handwerks wird auch bei der Beschäftigung deutlich: 12,4 Prozent aller Erwerbstätigen und 27,6 Prozent aller Auszubildenden in Deutschland sind im Handwerk tätig. Die schulische Vorbildung der Auszubildenden unterteilt sich dabei in drei Kategorien: 40,3 Prozent haben einen Real- oder gleichwertigen Abschluss, 39,1 Prozent einen Hauptschulabschluss und 13,9 Prozent haben die Hochschul- oder Fachhochschulreife erreicht. Damit ist das Handwerk ein Spiegel der Gesellschaft und bietet beste Qualifizierungschancen.

Das Handwerk ist aber nicht nur ein Wirtschaftsfaktor. Viele Handwerksbetriebe sind regional verwurzelt, engagieren sich in ihrer Kommune und unterstützen Vereine. Damit ist das Handwerk auch Bestandteil der deutschen Tradition und Gesellschaft.

Was dem Handwerk aber immer weniger entgegengebracht wird ist leider eines: Anerkennung für seine Leistung.

Weniger Auszubildende, weniger Lohn, weniger Rente. Dabei ist gerade der selbständige Handwerker ein Paradebeispiel des liberalen Lebensweges. Denn wer durch seiner eigenen Hände Arbeit für sich und seine Nächsten sorgt, der beweist Einsatz, Ausdauer und Leistungsbereitschaft.

Aus diesem Grund ist es notwendig, dem Handwerk wieder angemessene Anerkennung beizumessen und Respekt entgegenzubringen. Dadurch erreicht es wieder den gesellschaftlichen Stellenwert, der seinem Anteil

für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft entspricht. Es bedarf dabei politischer Unterstützung, damit das Handwerk sein Innovationspotenzial und damit seine Möglichkeiten voll ausschöpfen kann. Wir Freien Demokraten zeichnen deshalb zehn liberale Wege auf, welche die Situation des Handwerks verbessern werden.

### **1. Gründer- und Nachfolgekultur in Deutschland etablieren**

Immer weniger Menschen entscheiden sich für die Gründung eines Unternehmens. Auch vor dem Handwerk macht dieser Trend nicht Halt. Gerade hier werden aber dringend neue Betriebe benötigt. Denn zusätzlich zur gesunkenen Gründerzahl gehen in den nächsten Jahren mehrere hunderttausend Betriebsinhaber in den Ruhestand. Dabei schließen besonders oft Kleinbetriebe mit dem Ruhestand des Inhabers komplett. Häufig handelt es sich dabei um Handwerksbetriebe. Auf diesem Weg geht nicht nur die Arbeitskraft des Inhabers verloren, sondern auch die Beschäftigten verlieren ihre Anstellung. Doch auch für größere Betriebe gestaltet sich die Suche nach einem Nachfolger zusehends schwerer.

#### **Deshalb fordern wir**

*Neue Gründungsbewegung in der Bundesrepublik*

Selbständigkeit ist ein wesentlicher Teil einer vielfältigen und dynamischen Gesellschaft. Der Gesetzgeber muss ein gründerfreundliches beziehungsweise betriebsübergangsfreundliches Umfeld schaffen und die Eigenverantwortung und Lebenswirklichkeit von Selbständigen achten und fördern. Förderprogramme und Gründerprämien müssen auch der besonders kleinteiligen Struktur des Handwerks gerecht werden. Sollten diese bestehenden Maßnahmen das Handwerk verfehlen, sind Schwellenwerte zu senken oder Öffnungsklauseln einzuführen.

*Reduzierung der Bürokratie für das erste Jahr*

Ein bürokratiearmes erstes Jahr für neu gegründete Unternehmen ermöglicht den Gründern, sich vollkommen auf ihr Geschäft zu konzentrieren. Die wenigen noch nötigen Prozesse, etwa das Beantragen der Steuernummer, müssen deutlich beschleunigt und digitalisiert werden.

*Übergaben beschleunigen*

Der wichtigste Faktor bei der Unternehmensübergabe ist der bisherige Inhaber. Dieser sollte sich frühzeitig entscheiden, wie mit dem Unternehmen zu verfahren ist. Hierzu müssen umfangreiche Hilfen angeboten werden, um das Unternehmen im Nachfolgeprozess nicht zu lähmen. Die Nachfolgeportale des Bundes sind deshalb besser auf das Handwerk und seine kleinen Betriebe anzupassen. Des Weiteren müssen die Prozesse bei

der Überschreibung des Unternehmens beschleunigt werden. Schließlich sind Bestandsschutzregeln bei der Übergabe beizubehalten.

## **2. Meister als anerkanntes Qualitätsmerkmal im Handwerk erhalten und Aufstiegsmöglichkeiten für mehr Meister voranbringen**

Der Meistertitel bildet seit Generationen einen Grundpfeiler des deutschen Handwerks. Er steht für Verlässlichkeit, Nachhaltigkeit und Qualität „Made in Germany.“ Zusätzlich übernehmen Meisterbetriebe durch die Ausbildung junger Menschen einen wesentlichen Beitrag bei der Fachkräftesicherung. Der Weg zum Meistertitel ist dabei nicht immer leicht und verlangt dem Anwärter ein hohes Maß an Lernbereitschaft und Ausdauer ab. Ebenfalls werden seine finanziellen Mittel ausgereizt. Denn die Kursgebühren für die Meisterfortbildung sind in der Regel vom Anwärter zu zahlen. Je nach Gewerk und Ort sind Summen bis zu 20.000 Euro möglich. Zwar kann durch die Aufstiegsförderung (Aufstiegs-BAföG) ein Teil der Kosten erstattet werden, im Gegensatz zum kostenfreien Studium an einer Hochschule ist hier aber eine Benachteiligung der beruflichen Bildung zu erkennen. Aus unserer Sicht wird es wieder mehr Gründer und Nachfolger geben, wenn es mehr Meisterinnen und Meister in Deutschland gibt.

### **Deshalb fordern wir** *Aufstiegsfortbildung ausbauen*

Wir wollen den Meistertitel als Qualitäts- und Qualifizierungsausweis nachhaltig stärken, indem wir den Weg dorthin einfacher gestalten. Der Anteil der Zuschussfinanzierung muss aus diesem Grund deutlich erhöht, wenn nicht sogar ganz durch die Förderung übernommen werden. Hierzu bedarf es eines mit den Ländern abgestimmten Gesetzentwurfs der Bundesregierung. Als Signal an das Handwerk und die zukünftigen Meister, muss die Reform der Aufstiegsfortbildung noch vor der angestrebten Novellierung der Handwerksordnung erfolgen. Denn erst eine attraktive und faire Förderung der Meisterfortbildung, steigert deren Attraktivität.

### *Meisterfortbildung muss gleich viel wert sein wie ein Studium*

Die Umstellung auf eine erweiterte Zuschussfinanzierung wird die Bereitschaft und Attraktivität zur Meisterfortbildung erheblich erhöhen. Auf diese Weise schaffen wir mehr Anerkennung dem Handwerk gegenüber, wodurch sich wieder mehr junge Menschen für einen Meister und das Handwerk als Lebensweg entscheiden. Hierzu sind auch die Fortbildungsmaßnahmen in erheblichem Maß zu digitalisieren und auf moderne Anforderungen anzupassen, etwa Online- und Social Media-Kenntnisse zu verbreiten.

## *Stärkung des Meisters in Deutschland und Europa*

Mit der Änderung der Handwerksordnung 2004 wurde die Meisterpflicht auf gefahrgeneigte Gewerke beschränkt. Die Freien Demokraten wollen fairen Wettbewerb, Verbraucherschutz und hohe Qualität im Handwerk. Um die Attraktivität des Handwerks auch in Zukunft zu sichern, ist vor allem die Ausbildungsleistung von Meisterbetrieben zu würdigen und zu unterstützen. Dafür brauchen wir eine europarechtliche Absicherung des Meisterbriefs. Das Handwerk und die duale Berufsausbildung sind Erfolgsgeschichten in Deutschland, die wir auch in Europa verankern möchten.

### **3. Fachkräftesicherung in Deutschland und international voranbringen**

In Deutschland besteht ein erheblicher Fachkräftebedarf, der sich mehr und mehr zum Mangel ausweitet. Besonders das Handwerk ist hiervon betroffen. Immer mehr Betriebe müssen Aufträge aus Mangel an Arbeitskräften ablehnen. Dies bremst nicht nur die Wirtschaftskraft des Handwerks, sondern auch andere Bereiche, wenn etwa Wohnungen und Betriebsstätten mit Verzögerungen fertiggestellt werden. Die duale Ausbildung bildet dabei ein Erfolgsmodell, welches international anerkannt ist und mehr und mehr Verbreitung findet. Dieses gilt es zu stärken und auf modernste Herausforderungen anzupassen, damit sich wieder mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung entscheiden. Doch auch bisher weniger genutzte Potenziale sind durch das Handwerk zu nutzen und auszubauen.

#### **Deshalb fordern wir**

##### *Gleichstellung beruflicher und akademischer Bildung*

Die Akzeptanz der dualen Ausbildung gilt es zu stärken. Der Stellenwert von Selbständigkeit und praktischer Arbeit ist deshalb bereits früh, etwa in der Schule, zu fördern. Es ist dabei nicht Anliegen, die akademische Bildung zu benachteiligen. Vielmehr muss es Ziel sein, eine offene Wahl von Lebensentwürfen und auch spätere Wechsel zu ermöglichen. Hierzu wird eine flächendeckende Versorgung mit Berufsschulen benötigt.

##### *Auszubildende unterstützen und Investitionen in Begabung, Aufstieg und Top Talente intensivieren*

Vergünstigungen, welche Studierende erhalten, können auch für Auszubildende Anwendung finden. Durch ein Azubiticket lässt sich ihre Mobilität steigern. Zur Attraktivitätssteigerung wollen wir die Zahl der Azubis, die im europäischen Ausland lernen und arbeiten erhöhen. Dafür ist der Ausbau der Nationalen Agentur für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung zu einer leistungsstarken Austauschagentur für die berufliche Bildung - analog zum DAAD im Hochschulbereich - notwendig. Sie soll

regionale Umsetzungs- und Beratungsstrukturen bundesweit dauerhaft etablieren und Auszubildende, Betriebe und Schulen aktiv unterstützen. Dadurch können die Auszubildenden internationale Erfahrungen sammeln und Netzwerke aufbauen, welche die Innovation im Handwerk steigern wird. Dies ist durch einen effizienteren Einsatz der vorhandenen Mittel für den Bereich der beruflichen Bildung zu finanzieren.

Wir brauchen in Deutschland dringend eine Gleichwertigkeit zwischen akademischer und beruflicher Förderung bei der Vergabe von Stipendien. Allein im Jahr 2017 hätten knapp doppelt so viele Leistungsträger der Berufsausbildung durch Stipendien gefördert werden müssen, um auf den Stand der Studierenden zu gelangen. Hierfür muss das Netzwerk der akademischen Förderung für beruflich Qualifizierte geöffnet werden. Die Geförderten sollen neben klassischer Aufstiegsfortbildung auch die Option innovationsförderlichen Lernens erhalten, beispielsweise Stipendien, um mehrmonatige Hospitationen an innovativen Hotspots wie Silicon Valley, Tel-Aviv, Paris oder Stockholm durchführen zu können.

#### *Erwerbsquote von Frauen im Handwerk steigern*

Viele Gründerinnen, Meisterinnen und Auszubildende zeigen bereits, dass sie gewillt sind, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Etwa jeder fünfte Meisterbrief wird an eine Frau vergeben. In einigen Gewerken stellen Frauen die deutliche Mehrheit und in anderen wächst ihr Anteil deutlich. Zum Erreichen von Gleichwertigkeit sind allerdings weitere Schritte zu unternehmen. Vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Selbständigkeit sind zu stärken. Selbstständige, die sich in Elternzeit befinden und es die Betreuungssituation zulässt, sollen uneingeschränkt an Fortbildungen teilnehmen können, um weniger Lücken im Lebenslauf entstehen zu lassen. Auch das Interesse von Mädchen für das Handwerk soll in allen Schularten frühzeitig geweckt werden.

#### *Einwanderungsgesetz für mehr Fachkräfte*

Auf der Baustelle und im Betrieb spielen Herkunft und Religion meist keine Rolle, sondern vielmehr Können und Leistungsbereitschaft. Wer bereit ist, diesen Weg zu gehen, ist bei uns immer willkommen. Aus diesem Grund fordern wir ein selbstbewusstes Einwanderungsrecht in Deutschland und Europa, in welchem sich klare Bestimmungen wiederfinden. Qualifizierungen müssen sich leichter überprüfen und anerkennen lassen, damit keine unnötigen Wartezeiten entstehen. Handwerksbetriebe haben darüberhinaus hohe Kosten bei der Suche nach Fachkräften außerhalb der EU. Wir wollen das Angebot der Bundesagentur für Arbeit verbreitern und gezielt Auszubildende und Fachkräfte sowohl innerhalb der EU, als auch außerhalb anwerben.

## *Respekt für die Integration von Geflüchteten*

Eine Vielzahl von Geflüchteten absolviert mittlerweile eine Ausbildung, häufig im Handwerk. Damit diese Anstrengungen nicht umsonst sind, ist diesen Menschen die Möglichkeit zu geben, als dauerhafte Einwanderer anerkannt zu werden. Dieser echte Spurwechsel - sofern sie sich gut integriert haben, straffrei sind, ausreichend Deutsch sprechen und in der Lage sind, sich selbst zu versorgen - kann als ein Anreiz verstanden werden, sich ihre berufliche Zukunft aufzubauen. Doch auch diejenigen, die in ihrer täglichen Arbeit Geflüchteten eine Perspektive und Teilhabe ermöglichen, haben Anerkennung verdient. Aus diesem Grund ist die große Integrationskraft des Handwerks zu würdigen.

## **4. Den Bürokratieabbau ernstnehmen**

Die bürokratische Belastung für das Handwerk in Deutschland ist außerordentlich hoch und muss gesenkt werden. Aufgabe von Handwerkerinnen und Handwerkern ist es, ihrem Gewerk nachzugehen, nicht, Formulare auszufüllen. Dies verhindert auch Innovationen und Investitionen. Statistik und Auskunftspflichten stellen ebenfalls eine Belastung dar. Eine verlässliche Datengrundlage bildet zwar eine tragende Säule guter Politik, allerdings wird besonders für kleine Betriebe nicht immer ersichtlich, welchen Nutzen die jeweils erhobenen Daten besitzen.

### **Deshalb fordern wir**

#### *Mindestlohndokumentation vereinfachen*

Handwerker sind nicht unter Generalverdacht zu stellen. Einige Bereiche sind verpflichtet die Arbeitszeit genau zu dokumentieren. Durch datenschutzkonforme, digitale Erfassungs- und Übertragungssysteme ist dieser Aufwand zu minimieren. Vor allem da viele Handwerker über Mindestlohn zahlen, erschließt sich diesen die Dokumentation nicht. Auch die Art der Anstellung - Voll- oder Teilzeit - muss bei der Vereinfachung der Pflicht zur Dokumentation Berücksichtigung finden.

#### *Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge verschieben*

Es muss wieder nur zwölf Monatsabrechnungen für die Sozialabgaben geben. Mit dem Vorziehen des Fälligkeitsdatums wurde das Handwerk in besonderer Weise belastet. Denn hier sind Schätz- und Vormonatsmodelle nicht immer anwendbar, so dass der Inhaber die Abgaben monatlich berechnet. Durch eine anrechenbare Vorauszahlung und einen gleitenden Übergang über mehrere Jahre soll dabei die Liquidität der Sozialkassen erhalten bleiben.

#### *Fristen zusammenlegen und Daten automatisch generieren*

Statistikpflichten müssen im digitalen Zeitalter einfacher zu erledigen sein als durch das Ausfüllen von Formularen. Des Weiteren ist eine Zusammenlegung von Fristen und Erhebungszeiträumen notwendig, damit



Daten durch Berechnung generiert und nicht mehrfach erhoben werden müssen.

#### *Vergaberecht erleichtern*

Im Bereich der öffentlichen Ausschreibungen fordern wir eine Reduzierung der Anforderungen auf ein erforderliches Mindestmaß. Auch gilt es vergabefremde Kriterien zu minimieren. Denn immer mehr Handwerksbetriebe bewerben sich aufgrund des hohen bürokratischen Aufwandes nicht mehr auf öffentliche Ausschreibungen, selbst wenn sie die Kriterien erfüllen. Auch auf die Möglichkeit des präqualifizierten Nachweises muss stärker hingewiesen werden.

### **5. Alterssicherung für das Handwerk verbessern**

Eine gute Absicherung im Ruhestand bildet die Anerkennung für die erbrachte Leistung im Erwerbsleben. Dabei kommt es leider auch vor, dass Selbstständige im Alter auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind, da sie keine ausreichend hohen Altersvorsorge-Ansprüche aufgebaut haben. Besonders Solo-Selbstständige können deshalb oder auf Grund nur geringer Einkünfte später von Altersarmut bedroht sein. Dieser Entwicklung möchten wir entgegen wirken: Wer sein Leben lang gearbeitet und für das Alter vorgesorgt hat, soll sich später auf eine gute Alterssicherung verlassen können, weshalb wir die Altersvorsorge für Selbstständige stärken wollen.

#### **Deshalb fordern wir**

##### *Basisabsicherung einführen*

Selbstständige sollen in eine allgemeine Pflicht zur Altersvorsorge (ähnlich der heute bereits existierenden Pflicht zur Krankenversicherung) einbezogen werden. Sie soll zu einer Rente führen, die oberhalb des Grundsicherungsniveaus liegt. Zugleich wird ihnen ein umfassendes Wahl- und Gestaltungsrecht bei der Vorsorgeform eingeräumt. Alle Selbstständigen, die nicht Pflichtmitglied in einem berufsspezifischen Alterssicherungssystem sind, sollen dabei die Freiheit haben, ihre Vorsorgeform selbst zu wählen.

##### *Private Vorsorgemodelle stärken*

Besonders selbständige Handwerker nutzen gerne private Vorsorgemodelle - sei es durch Immobilien, Vermietung, Unternehmensbeteiligungen, Investmentfonds und Betriebsvermögen. Durch diese muss auch zukünftig eine lohnende Form der Altersvorsorge für den Einzelnen ermöglicht werden. Die Riester-Förderung soll fortan auch für alle Selbstständigen möglich sein. Es ist ein Gebot der Fairness, dass die Vorteile der geförderten Altersvorsorge allen zugutekommen.

## *Karenzzeiten für Gründer vorsehen*

Durch weitreichende Übergangsfristen und Karenzzeiten für Gründer werden größtmögliche Eigenständigkeit, Flexibilität und Freiheit der Selbständigen geschaffen. So sind sie nicht gezwungen, Kapital für die Altersvorsorge zu binden, wenn sie dieses in das Unternehmen investieren möchten. Es soll ausgeschlossen werden, dass Selbständigkeit erschwert und Neugründungen verhindert werden.

## **6. Handwerk in der digitalen Welt stärken**

Als praktischer Umsetzer von Innovation ist das Handwerk für die Digitalisierung in Deutschland unersetzlich. Nicht nur, dass es Handwerker sind, welche im und am Haus die nötigen Voraussetzungen hierfür schaffen. Auch die Geräte eines smarten Zuhauses benötigen Wartung und Reparaturen. Erst wenn dies flächendeckend gewährleistet ist, werden sich auch die jeweiligen Technologien durchsetzen.

Gleichzeitig verlangt die Digitalisierung auch Anstrengungen beim Datenschutz und bei der Datensicherheit. Diese müssen aber praxisnah und auch für KMU handhabbar sein. Die Einführung der DSGVO hat besonders kleine Handwerksbetriebe vor Herausforderungen gestellt. Auch bei der rechtssicheren Verwendung von Internetseiten und anderen Kommunikationskanälen, die wichtige Faktoren für einen modernen Auftritt im Wettbewerb darstellen, wurde der Bedarf an Beratung und Erklärung unterschätzt. Zusätzlich werden Handwerksbetriebe immer häufiger Opfer von Cyberangriffen. Diese Gefahr muss dem Handwerk bewusster werden.

### **Deshalb fordern wir**

#### *Breitbandausbau flächendeckend durchsetzen*

Um flächendeckend Innovationen zu verbreiten benötigt das Handwerk eine Grundlage: eine hervorragende digitale Infrastruktur. Egal ob kabelgebundenen Breitbandausbau oder neue Funkfrequenzen wie 5G, das Handwerk muss hier die Möglichkeit zur Partizipation besitzen. Dies setzt auch eine hervorragende Abdeckung im ländlichen Raum voraus.

#### *Neue Technologien in mehr Handwerksbetriebe bringen*

Wir fordern gewerkeübergreifende und ortsnahe Erfahrungs- und Experimentierräume, sogenannte Fab Labs, zu schaffen und Bestehende weiter zu fördern. Fab Labs sind im Unterschied zu den wenigen, meist großen Kompetenzzentren des Handwerks frei und niedrigschwellig zugängliche Orte. Hier können sich interessierte Handwerker/-innen zu Neuerungen, Trends oder Technologien wie Augmented-Reality-Lösungen, Blockchain- und KI-Technologien, Trackingsystemen, additive Fertigung (3D-Druck) oder Roboter- und Drohneneinsatz austauschen und diese auch direkt ausprobieren. So wird auch gleichzeitig die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle vorangetrieben.



## *Ausbau digitaler Kompetenzen im Handwerk*

Die Förderung von Digitalkompetenzen in der handwerklichen Ausbildung sowie in der Fort- und Weiterbildung muss integriert und intensiviert werden. Durch die Vermittlung digitaler Kompetenzen werden Berührungspunkte gemindert oder vermieden, sodass Digitalisierungsvorhaben in den Handwerksbetrieben besser umgesetzt werden können. Zu diesen digitalen Kompetenzen zählen die Schlüsselqualifikationen der Digitalisierung, nämlich aktuelle IT-Kenntnisse, der Umgang mit neuen Technologien sowie Maschinen und die Medienkompetenz.

## *Förderung auf das Handwerk anpassen*

Der von der KfW vertriebene ERP-Digitalisierungs- und Innovationskredit ist mit einem Mindestbetrag von 25.000 Euro für viele Handwerksbetriebe praktisch nicht nutzbar, da er zu hoch ist. Zielführend ist hier die Überarbeitung des Zuschussprogramms, um kleinere Digitalinvestitionen zu ermöglichen. Darüber hinaus ist die steuerliche Forschungsförderung so zu gestalten, dass davon auch KMU im Handwerk profitieren. Dafür müssen die typischen Strukturen von KMU berücksichtigt werden.

## *DSGVO praxisnah gestalten und als Chance begreifen*

Die Bestimmungen der DSGVO sind klar und praxisbezogen über bestehende Netzwerke und Strukturen wie z. B. Kammern und Verbände an das Handwerk zu kommunizieren. 2020 wird die DSGVO evaluiert. Dabei fordern wir die Bundesregierung auf, darauf zu dringen, dass die bürokratischen Kosten der DSGVO für Kleinbetriebe gesenkt werden, z.B. durch anwenderfreundlichere Lösungen, risikoadäquate Regelungen oder weitere Ausnahmen von einzelnen Verpflichtungen der DSGVO.

Die DSGVO ist aber nicht nur als Hindernis, sondern als Chance zu begreifen, auch und vor allem für das Handwerk. Für Analyse und Wartung von smarten Geräten muss auf erhobene Daten zurückgegriffen werden. Häufig verwehren Hersteller sogar dem Nutzer der Geräte selbst, sowie Dienstleistern, die - wie Handwerker - für ihn tätig werden, diese Möglichkeit. Im Sinne der informationellen Selbstbestimmung des Kunden und Datenübertragbarkeit nach DSGVO muss dem Handwerker mit Zustimmung der betroffenen Person ein datenschutzgerechter Zugriff auf die Daten möglich sein. Nur durch eine solche Entscheidungsfreiheit bleibt der Wettbewerb erhalten. Hierzu sind offene Schnittstellen in den Systemen nötig, welche dem Handwerk die Nutzung der Daten ermöglichen. Modellfall ist hier die Autoreparatur, für die es eine solche Verpflichtung gegenüber freien Werkstätten bereits heute gibt.

## *Cybersicherheit auch im Handwerk zur Priorität machen*

Nicht nur die Anforderungen beim Datenschutz sind für das Handwerk gestiegen. Auch der Bereich der Datensicherheit rückt mehr in den Vordergrund. Dabei haben gerade kleine Handwerksbetriebe nicht Mittel und Wissen, eine umfassende Datensicherheit allein aufzubauen. Aus diesem Grund sind Informationen und Beratung für praktikable Lösungen unverzichtbar, denn Prävention ist das beste Mittel gegen Cyberkriminalität. Wir wollen eine bundesweite Notfallnummer für Cybersicherheit, die um Länderansprechpartner für die schnelle Hilfe vor Ort ergänzt wird. An diese können sich Unternehmen wenden, welche gerade einen Cyberangriff erfahren und werden an helfende Stellen weitergeleitet.

## **7. E-Government in Deutschland voranbringen**

Die Verwaltung in der Bundesrepublik ist nach wie vor auf physische Anwesenheit und Papier ausgelegt. Dieser Zustand ist im 21. Jahrhundert nicht mehr zeitgemäß. Andere europäische Staaten haben Deutschland in diesem Punkt weit überholt. Digitale Innovationen müssen auch in der Verwaltung ankommen und diese modernisieren. Elektronische Verwaltungselemente entlasten Menschen wie Betriebe und wirken zugleich kostensenkend. Das E-Government bietet dabei ganz neue Möglichkeiten der Verwaltung. Hierzu gehört es auch, Open-Government-Strategien und Weitergabe der Verwaltungsdaten zu ermöglichen.

### **Deshalb fordern wir**

#### *Gebündelte E-Government-Strategie in Deutschland*

Die bestehenden E-Governmentgesetze von Bund und Ländern müssen ambitioniert weiterentwickelt werden. Verfahren für Unternehmen wollen wir vereinfachen und Verwaltungsleistungen digitalisieren. Dies gilt insbesondere für öffentliche Förderverfahren. So können sich Betriebe schnell und unkompliziert über diese informieren und beantragen. Einheitliche Ansprechpartner und One-Stop-Shops voranbringen  
Eine Erweiterung der Strategie „Einheitliche Ansprechpartner 2.0“ ist notwendig. Behörden wollen wir zu „One-Stop-Shops“ ausbauen. So müssen Unternehmen nur an eine Stelle Daten übertragen, diese übernimmt dann die Verteilungsarbeit. Dadurch sind Informationen nur einmal zu übermitteln („Once-Only“-Prinzip).

#### *Zeitnahe Betriebsprüfung verbreitet einsetzen*

Die Aufbewahrungsfristen von Dokumenten für Unternehmen sind zu verkürzen. Die Regelungen der zeitnahen Betriebsprüfung müssen darauf angepasst und erweitert werden. Dabei ist auch ein höherer Digitalisierungsgrad der Prüfverfahren anzustreben, der die Prüfungen vereinfacht und beschleunigt.

## 8. Klimaschutz durch das Handwerk

Ohne das Handwerk wird Deutschland die Klimaschutzziele nicht erreichen. Denn auch im Klimaschutz bildet das Handwerk die Schnittstelle zwischen Innovation und Anwendung. Das Handwerk ist es, welches Gebäude saniert, um den Ausstoß von CO<sub>2</sub> und Energiekosten zu verringern. Das Handwerk montiert Solaranlagen auf Dächer. Und das Handwerk ist es, welches Reparaturen vornimmt, um Nachhaltigkeit auch praktisch umzusetzen und den Ressourcenverbrauch zu senken. Viele Maßnahmen für den Klimaschutz betreffen somit auch immer das Handwerk. Wenn dieser Punkt berücksichtigt wird, steigert dies Fortschritt und Anerkennung beider Bereiche.

### Deshalb fordern wir

*Europäischen Emissionszertifikatehandel erweitern*

Die Erweiterung des Emissionszertifikatehandels auf den Bereich Heiz- und Wärmeenergie besitzt große Auswirkungen für das Handwerk. Hierdurch würden Anreize geschaffen, in neue Heizungsanlagen und Wärmedämmung zu investieren. Für diese Arbeiten ist das Handwerk unerlässlich und würde unvorbereitet schnell an seine Kapazitätsgrenzen gelangen. Die Betriebe sollten daher auf diese Maßnahme vorbereitet werden, da ihre Umsetzung sehr wahrscheinlich erscheint. Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hat bereits klar gestellt, dass die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer verfassungswidrig wäre.

*Steuerliche Anreize zur energetischen Sanierung im Wohnungsbestand*

Beim Thema Energieeffizienz zählen Wirtschaftlichkeit und vernünftiges, eigenverantwortliches Handeln von Unternehmen und privaten Haushalten. Steuerliche Anreize zur energetischen Sanierung im Baubestand helfen, die deutsche Klimabilanz zu verbessern. Hauseigentümer müssen getätigte Investitionen dabei über Mieten amortisieren können. Die sogenannte Mietpreislöscher gefährdet daher auch Investitionen in Energieeffizienz. Anwendung von Kraft-Wärme-Kopplung und Abwärme-Nutzung verbreiteten Die Kraft-Wärme-Kopplung sehen wir als effiziente Technologie mit hohem Wirkungsgrad, die einen wichtigen Teil im Instrumentenmix der Energiewende einnimmt und künftig noch stärker einnehmen sollte. Auch Abwärme, die durch Anlagen entsteht, ist effizienter zu nutzen und weiterzuverarbeiten. Hierzu müssen neue Technologien Anwendung finden.

*Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren*

Das Handwerk kann seine Aufgabe im Klimaschutz nicht erfüllen, wenn Bauvorhaben auf Genehmigungen warten. Diese müssen vereinfacht und beschleunigt werden.

Durch mehr Neubauten wird auch ein anderes Problem des Handwerks gelöst: die Schwierigkeit, eine Betriebsstätte zu finden.

## **9. Neue Mobilität für und durch das Handwerk stärken**

Die Einbeziehung des Verkehrssektors zur Reduzierung der Gesamtmenge an CO<sub>2</sub>-Emissionen ist nur zusammen mit dem Handwerk zu leisten. Die Verbreitung des Ottomotors beschleunigte sich erst ab dem Zeitpunkt, ab dem eine ausreichende Wartungs- und Reparaturinfrastruktur entstanden ist. Selbiges gilt auch für neue Antriebsvarianten. Durch eine flächendeckende Versorgung werden sich diese schneller verbreiten. Das Handwerk darf von dieser Entwicklung aber nicht überrollt werden. Dieselfahrverbote in deutschen Innenstädten treffen besonders kleine Betriebe. Wenn diese ihre Kunden nicht oder nur schwer erreichen können, werden diese Aufträge nicht mehr angenommen. Der Markt für große E-Fahrzeuge oder andere Technologien, welche die bisherigen Transporter ersetzen, ist noch nicht für die breite Masse attraktiv.

### **Deshalb fordern wir**

*Handwerk durch Mobilitätsinitiative unterstützen*

Dieselfahrverbote in den Innenstädten bedrohen die Arbeitsfähigkeit von Handwerksbetrieben, welche in der überwiegenden Mehrzahl Transportfahrzeuge nutzen, für die primär die Diesel-Technologie angeboten wird. Hier müssen Alternativen verfügbar sein. Diese zu platzieren stellt sich mehr und mehr zur Notwendigkeit heraus, welche technologieoffen angegangen werden muss.

*Mobilitätsgarantie für das Handwerk*

Das Handwerk muss weiter in der Lage sein, mobil und aktiv zu handeln. Die Kommunen müssen deshalb etwa durch verkehrslenkende Maßnahmen Abgasbelastung reduzieren. Für EURO-5 Dieselfahrzeuge muss schließlich als letztes Mittel eine Nachrüstung der Abgasreinigungssysteme betroffener Fahrzeuge mit wirksamen Katalysatoren ermöglicht werden.

*Handwerk auf neue Mobilität vorbereiten*

In der Aus- und Weiterbildung müssen die Elemente neuer Antriebsmöglichkeiten vermittelt werden. Deshalb sind Kenntnisse über elektrisch, per Wasserstofftechnologie oder anderwärtig betriebene Fahrzeuge mit in die Ausbildungspläne aufzunehmen.

## **10. Steuern, Abgaben und Beiträge senken**

Die Steuerlast deutscher Unternehmen ist im internationalen Vergleich sehr hoch. Zusätzlich fallen weitere Gebühren und Abgaben an. Durch Entlastungen geben wir den Betrieben mehr Spielraum für innovative Handlungen. Besonders das Handwerk profitiert hiervon, da Gewinnmargen meist geringer sind. Auf diese Weise können auch bessere Löhne an die Mitarbeiter gezahlt werden.

## **Deshalb fordern wir**

### *Sofortprogramm zur Unternehmensteuerreform*

Wir wollen den Körperschaftsteuersatz von derzeit 15 auf höchstens 12,5 Prozent senken und die Gewerbesteuer abschaffen und dafür einen kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Körperschaftsteuer und auf die zuvor abgesenkte Einkommensteuer sowie einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer einführen. Ebenso wollen wir die Anrechnung der Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer verbessern, solange die Ersetzung der Gewerbesteuer als langfristiges Ziel noch nicht erfolgt ist.

### *Grenze der zulässigen Ist-Versteuerung anheben*

Insbesondere das Handwerk profitiert von der Regelung der Ist-Versteuerung. Denn ihr bürokratischer Aufwand verringert sich und sie müssen die Umsatzsteuer nicht vorfinanzieren, was ihr Risiko minimiert. Gerade wenn ein Handwerksbetrieb nur wenige große Baustellen bearbeitet, können durch das normale Steuermodell Probleme entstehen. Aus diesem Grund ist die Vorjahresumsatzgrenze auf 600.000 Euro anzuheben.

### *Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen*

Die Bestimmungen der Solidarpaktes II laufen aus und somit ist auch der Solidarzuschlag abzuschaffen. Die Bundesregierung hat mit ihrer Regelung unfaire Verhältnisse geschaffen, die es vollständig zu beseitigen gilt. Die Abschaffung des Solidarzuschlags bedeutet dabei nicht, dass die Förderung strukturschwacher Regionen endet, sondern dass die darüber hinaus vorhandenen Förderprogramme für strukturschwache Regionen überarbeitet und zielgerichteter ausgerichtet werden.

### *Kleine und Kleinstbetriebe von den Rundfunkbeiträgen entlasten*

Um kleine und kleinst Betriebe von den Rundfunkbeiträgen zu entlasten, ist eine Neujustierung der Aufgaben und Zusammenlegung von Abläufen und Strukturen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten notwendig. Besonders für Handwerksbetriebe entstehen bisher unnötige Belastungen, da die Nutzer in der Regel bereits privat den vollen Beitragssatz zahlen und sich eine Betriebsstätte zum Teil im selben Gebäudekomplex wie das Wohnhaus des Inhabers befindet.

Ansprechpartner:

Thomas L. Kemmerich MdB, FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag,  
Telefon: 030 227 - 79488 - E-Mail: [thomas.kemmerich@bundestag.de](mailto:thomas.kemmerich@bundestag.de)